

Stellungnahme DIE LINKE zur Einwohnerversammlung am 2.5.2017

Auf der Einwohnerversammlung ist Oberbürgermeister Neher auf das mögliche Gewerbegebiet Galgenfeld eingegangen und hat sich auf die Klausurtagung des Gemeinderats zum Thema „Arbeit und Wohnen“ im Juli 2016 bezogen. Wörtlich hat er ausgeführt: „Wie kam es im Gemeinderat zu dieser Entscheidung?“ Damit wurde unterstellt, dass es auf der Klausurtagung einen Beschluss des Gemeinderats gegeben habe. Dem möchten wir aus mehreren Gründen widersprechen:

1. Weder ist eine Klausurtagung ein beschlussfassendes Organ noch war in der Einladung dazu eine Beschlussfassung angekündigt. Auch die Wohnbaugesellschaft ist erst später in einer ordentlichen Gemeinderatssitzung beschlossen worden.
2. Die offizielle Dokumentation der Stadt zu dieser Klausurtagung macht deutlich, dass es in den Arbeitsgruppen keine mehrheitliche Position zu einem möglichen Gewerbegebiet Galgenfeld gab, sondern zwei Varianten geprüft werden sollten. Zwei Arbeitsgruppen gaben Voten ab, zusammen gab es 10 Stimmen für das Galgenfeld, neun Stimmen für das Obere Feld, über Arbeitsgruppe 3 heißt es: Eine klare Abstimmung wurde nicht vollzogen.“ Deshalb lautet die Zusammenfassung: „Die Untersuchungsgebiete Galgenfeld und Oberes Feld sollen weiter verfolgt werden.“ (S.61) OB Neher wolle die Öffentlichkeit und den Gemeinderat informieren. Das ist alles andere als eine Beschlussfassung!
3. Wir stellen fest, dass deshalb auf der Einwohnerversammlung durch die Wortwahl von OB Neher in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck ermöglicht wurde, hier sei schon ein GR-Beschluss zu dieser Frage gefasst worden. Wir fordern Oberbürgermeister Neher auf, seine Wortwahl öffentlich zu korrigieren.
4. Unserer Meinung nach ist es hohe Zeit ist, dass die Stadt ihrer Verpflichtung zur Bürgerbeteiligung in dieser Angelegenheit nachkommt und für Kiebingen eine Bürgerversammlung einberuft, damit über die Pläne gesprochen werden kann. Das ist besonders wichtig, nachdem der Ortschaftsrat Kiebingen einstimmig ein Gewerbegebiet Galgenfeld abgelehnt hat.